

# Fragen und Antworten zur Eurostabilisierung



Als Europapartei wissen wir Liberalen: Die Exportnation Deutschland profitiert von einem vereinten und starken Europa besonders. Es ist eine wichtige Grundlage für unseren Erfolg und eröffnet uns weitere Chancen für die Zukunft – für die Wirtschaft ebenso wie für die persönliche Freiheit aller Europäer.

**Das Interesse Deutschlands muss ein harter Euro sein, um Wirtschaftskraft und Aufschwung sowie die Ersparnisse der Menschen nicht zu gefährden.** Die Entwicklungen in Griechenland sind eine besondere Herausforderung. Ein erneuter Beitrag zur Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraumes ist einer ungeordneten Staatsinsolvenz vorzuziehen. **Unsere Bedingung für weitere Hilfen sind strenge Auflagen für die betroffenen Länder.** Darauf haben wir Liberalen besonderen Wert gelegt.

Warum ist die  
Euro-Krise  
überhaupt  
entstanden?

Die Krise des Euro ist vielmehr eine Schulden- als eine Währungs- und Wirtschaftskrise. Sie ist entstanden, weil 2004 unter Beteiligung der

**damaligen rot-grünen Bundesregierung der europäische Stabilitätspakt aufgeweicht wurde.** Die Euroländer konnten so aufgrund der niedrigen Zinsen ungestraft zu hohe Schulden machen. Und auch Rot-Grün musste es mit der Haushaltsdisziplin nicht mehr so genau nehmen.

Warum soll  
Deutschland z.B.  
Griechenland  
finanziell unter-  
stützen?

Wir brauchen auch für Deutschland in Europa einen harten, stabilen Euro. Wir sind eine Exportnation. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in

europäische Staaten. **Eine ungeordnete Insolvenz z.B. Griechenlands würde auch uns in Bedrängnis bringen.** Deshalb haben wir im Deutschen Bundestag den Entschließungsantrag „Stabilität der Eurozone sichern – Reformkurs in Griechenland vorantreiben“ beschlossen. Dieser gibt der Bundesregierung einen entsprechenden Verhandlungsauftrag mit und knüpft unsere Unterstützung an umfassende eigene Anstrengungen Griechenlands. Ein neuer Stabilitätspakt soll die marktwirtschaftlichen Entwicklungen der Eu-

roländer besser überwachen. Schwachen Ländern soll er wieder auf die Beine helfen. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien werden sanktioniert. Durch diese frühzeitige Bekämpfung der Ursachen können Krisen künftig besser verhindert werden.

Was würde ohne  
Stabilisierungs-  
maßnahmen ge-  
schehen“?

Griechenland könnte ohne neue Hilfe binnen weniger Wochen völlig **zahlungsunfähig** sein. Öffentlich Bedienstete wie Polizisten und Lokführer erhielten keinen Lohn mehr, **öffentliche Infrastruktur und Sicherheit könnten nicht weiter gewährleistet** werden. **Chaos und Spannungen** wären die Folgen, die **Wirtschaft würde kollabieren** und viele Griechen **unter die Armutsgrenze gedrückt** werden. Durch die Freizügigkeit in der EU wäre eine große **Abwanderung** aus Griechenland in andere europäische Länder zu erwarten.

Andere finanzschwächere Staaten wie Portugal, Irland oder Italien würden Kredite künftig nur noch gegen **erhebliche Zinsaufschläge** zur Kompensation des Ausfallrisikos gewährt bekommen. Das führte in einer **Abwärtsspirale** schlimmstenfalls dazu, dass der Euroraum insgesamt zusammenklappt. Eine neue, an klare Bedingungen geknüpfte Finanzhilfe ist deshalb einer ungeordneten Staatsinsolvenz klar vorzuziehen.



**Kann Deutschland eine Aktivierung finanzieller Mittel für ein Mitgliedsland ablehnen?**

Das Recht, über die Einnahmen und die Ausgaben des Staates zu entscheiden, ist das **Königsrecht des Parlaments**. Bei der Einrichtung des zukünftigen Eurostabilitätsmechanismus wird die FDP auf ein **Maximum an parlamentarischer Entscheidung** drängen. Jede finanzielle Hilfe muss durch einen strikten Parlamentsvorbehalt abgesichert und damit demokratisch legitimiert werden.

**Welche Auflagen muss ein Staat erfüllen, damit er finanzielle Unterstützung erhält?**

Solidarität in einem gemeinsamen Europa darf **keine Einbahnstraße** sein. Für jedes Mitgliedsland, das finanzielle Hilfe benötigt, weil es seine strukturellen Aufgaben in der Vergangenheit vernachlässigt hat, gilt: Es muss strenge Auflagen erfüllen und **umfassende eigene Anstrengungen** unternehmen. Dazu gehört im Falle Griechenlands ein ehrgeiziges und kurzfristig umsetzbares **Privatisierungsprogramm**, wachstumsfördernde **Strukturreformen** für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und **Sparanstrengungen** im öffentlichen Sektor einschließlich **Sozialreformen**. Nur dann haben Hilfszahlungen einen langfristigen Sinn. Nur dann sollte Deutschland Bürgschaft für das Land übernehmen.

**Müssen private Gläubiger im Falle einer Staatsinsolvenz finanzielle Verantwortung übernehmen?**

**Risiko und Haftung gehören zusammen** – auch auf den Finanzmärkten der EU. Es kann nicht sein, dass nur die Steuerzahler der stabil wirtschaftenden Nationen zur Verantwortung gezogen werden. Die FDP hat sich deshalb mit Erfolg dafür eingesetzt, dass **private Gläubiger an allen Hilfsmaßnahmen beteiligt werden**: Darauf haben sich auch die Eurofinanzminister grundsätzlich verständigt. Über weitere Details wird Anfang Juli eine Entscheidung erwartet. Wir wollen dabei eine Beteiligung auf freiwilliger Basis erreichen, die

für die Steuerzahler bestmöglich ausgestaltet wird.

**Welche finanzpolitischen Ziele verfolgt die FDP für Europa?**

Die FDP setzt sich als Europapartei dafür ein, dass die Probleme der Schuldenkrise im Hier und Jetzt gelöst werden. Sie dürfen **nicht auf die nächsten Generationen abgeschoben** werden. Das liegt in unserer Verantwortung. Gleichzeitig sollen deutsche **Steuerzahler heute trotz der gemeinsamen Krisenbewältigung so wenig wie möglich belastet** werden.

Wir Liberalen werden auf europäischer Ebene dafür kämpfen, dass die Forderungen im Sinne Deutschlands umgesetzt werden. Wir wollen, dass:

- Hilfskredite nur unter **strengen Auflagen** gewährt werden.
- Hilfsmaßnahmen nur **einstimmig**, d.h. mit der Zustimmung Deutschlands, ausgezahlt werden.
- der **Internationale Währungsfonds** sich mit seinen strengen Kriterien und seiner unabhängigen Expertise **beteiligt**.
- **private Gläubiger**, hauptsächlich Banken, sich an finanziellen Hilfen **beteiligen**.
- die verschuldeten Länder ein ehrgeiziges und schnell greifendes **Sanierungsprogramm** sicherstellen.

**Was können wir in Deutschland für einen stabilen Euro tun?**

Im Gegensatz zu Rot-Grün hält Schwarz-Gelb heute an einer **strikten Haushaltsdisziplin** fest und die Schuldenbremse konsequent ein. Ergeben sich darüber hinaus Spielräume, wollen wir diese noch in dieser Legislaturperiode zur steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen nutzen. Unsere solide Haushaltspolitik ist die beste Voraussetzung für Generationengerechtigkeit und Währungsstabilität.

**Mehr dazu unter [www.fdp.de](http://www.fdp.de)**